



**August 2005**

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und zehn Tageszeitungen**

**ARD-DeutschlandTREND August 2005****Umfrage zur politischen Stimmung  
im Auftrag der ARD-Tagesthemen und  
zehn Tageszeitungen****Untersuchungsanlage**

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl/Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.120 Befragte (785 West, 335 Ost) Sonntagsfrage: 1.620 Befragte (1.186 West, 434 Ost) Frage zum TV-Duell: 500 (401 West, 99 Ost)	
Erhebungszeitraum:	01. – 02. August 2005 Sonntagsfrage: 01. – 03. August 2005 Frage zum TV-Duell: 03. August 2005	
Fehlertoleranz:	1,3* bis 3,0** Prozentpunkte Sonntagsfrage: 1,1* bis 2,5** Prozentpunkte Frage zum TV-Duell: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

## ARD-DeutschlandTREND August 2005

Knapp sieben Wochen vor der Bundestagswahl besteht nach wie vor eine große Kluft zwischen den Problemen, die die künftige Regierung zu bewältigen hat und den Hoffnungen, die sich diesbezüglich mit den Parteien verbinden. Nur ein Viertel der Deutschen (23 Prozent) ist mit Rot-Grün zufrieden, eine Mehrheit (54 Prozent) glaubt jedoch auch nicht, dass eine Bundesregierung unter CDU/CSU-Führung eine bessere Politik zur Folge hätte. Sollten Union und FDP die Wahl gewinnen, würden davon aus Sicht der Bevölkerung vor allem Unternehmen und wohlhabende Personen, aber auch Familien mit Kindern und die Bildungsinstitutionen profitieren. Für Arbeitnehmer, Arme und Schwache, Arbeitslose und Rentner erwarten die Bürger eher Nachteile.

In keinem anderen Politikfeld ist die Skepsis gegenüber der Politik so groß wie bei der Alterssicherung: 34 Prozent trauen in der Rentenpolitik keiner Partei etwas zu. Und das, obwohl der Handlungsdruck für die Politik groß ist: Neun von zehn Deutschen (89 Prozent) gehen davon aus, dass die gesetzlichen Renten im Alter nicht mehr ausreichen werden, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Trotzdem wird eine gesetzliche Pflicht zur zusätzlichen privaten Altersvorsorge nur von 55 Prozent befürwortet.

Die Union besitzt die Kompetenzführerschaft in der Wirtschafts- (51 Prozent), Arbeitsmarkt- (43 Prozent) und Steuerpolitik (35 Prozent). Die Sozialdemokraten können beim Thema soziale Gerechtigkeit punkten: Hier wird der SPD deutlich mehr zugetraut als vor zwei Wochen (45 Prozent, +7 Punkte). Gleichzeitig verliert die Linkspartei.PDS in diesem Bereich drei Punkte auf jetzt 8 Prozent. Auf der personellen Ebene vergrößert Amtsinhaber Schröder den Vorsprung vor seiner Herausforderin Merkel binnen Wochenfrist von vier auf neun Punkte: Derzeit würden sich bei einer Direktwahl des Kanzlers 48 Prozent für den SPD-Mann und 39 Prozent für die CDU-Frau entscheiden.

Nach langem Ringen haben sich die Fernsehsender mit SPD und Union über die Bedingungen eines Fernsehduells zwischen Schröder und Merkel geeinigt. Vier TV-Sender werden nur ein Fernsehduell übertragen. Dass Terminengpässe der CDU-Chefin nur ein Aufeinandertreffen möglich machen, nimmt allerdings eine knappe Mehrheit Merkel nicht ab: 51 Prozent glauben, dass sie sich vor einem zweiten Duell drückt. Im direkten Vergleich mit dem Kanzler hat sie aus Sicht der Wähler nur wenig Aussichten aus der Konfrontation als Siegerin hervorzugehen: 70 Prozent erwarten, dass Schröder besser abschneiden wird als Merkel.

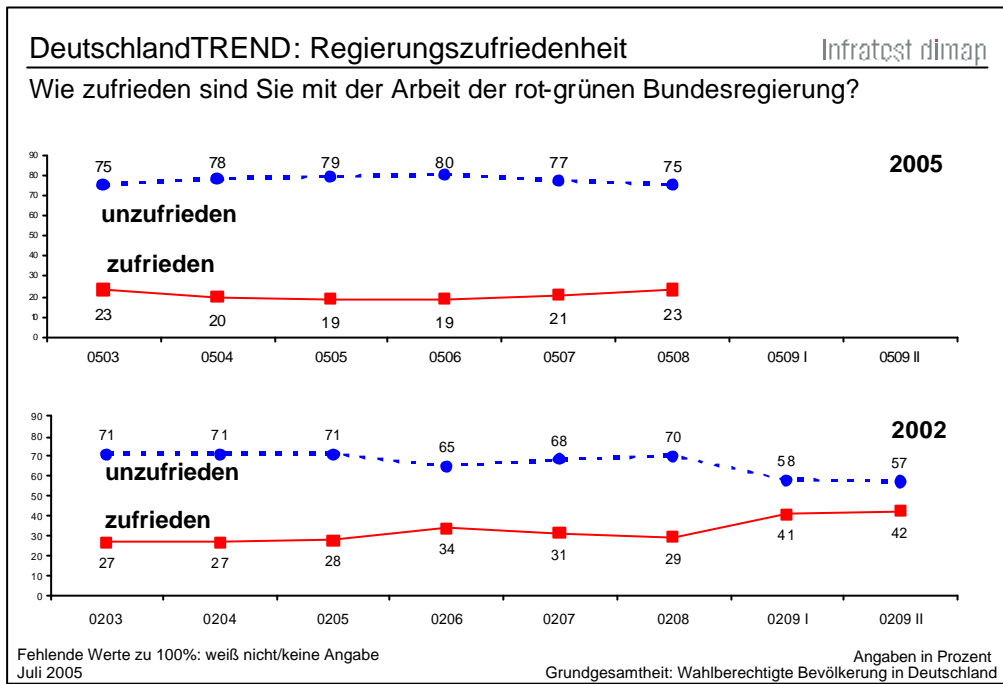
Wenn bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme ein Bündnis aus CDU/CSU (42 Prozent) und FDP (6 Prozent) auf 48 Prozent der Stimmen. SPD (29 Prozent), Grüne (8 Prozent) und die Linkspartei.PDS (11 Prozent) würden zusammen ebenfalls einen Wähleranteil von 48 Prozent erreichen. Damit hätte Schwarz-Gelb zum ersten Mal seit der Neuwahl-Ankündigung Ende Mai seinen Vorsprung vor den politischen Wettbewerbern eingebüßt. Zum ersten Mal geht der Wähleranteil der PDS/WASG zurück.

Knapp die Hälfte der Deutschen (47 Prozent) wünscht sich, dass die nächste Bundesregierung von der Union geführt wird. Eine Große Koalition (39 Prozent) findet mehr Unterstützung als ein schwarz-gelbes Bündnis (29 Prozent). Nur jeder Siebte favorisiert eine Neuauflage von Rot-Grün (14 Prozent), lediglich jeder Zehnte ein Bündnis aus SPD, Grünen und der Linkspartei (10 Prozent).

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom August, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von zehn Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 1. bis 3. August 1.120, für die Sonntagsfrage 1.620 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Für die Frage zum TV-Duell wurden am 3. August 500 Interviews durchgeführt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,3 bis 3,0 Prozentpunkten, für die Frage zum TV-Duelle 1,9 bis 4,4 Prozentpunkte.

### Nur ein Viertel zufrieden mit Rot-Grün

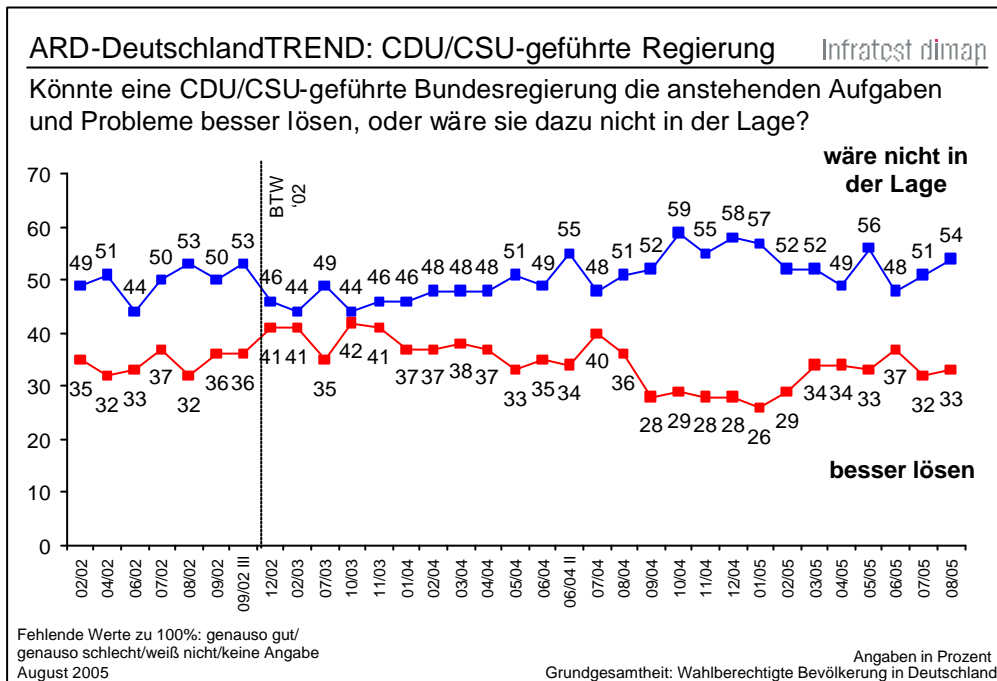
Knapp sieben Wochen vor dem Urnengang hält die kritische Bewertung der amtierenden Bundesregierung an. Derzeit sind drei Viertel (75 Prozent) der Deutschen mit Rot-Grün unzufrieden. Lediglich ein Viertel (23 Prozent) stellt dem Kabinett Schröder ein positives Zeugnis aus.



Damit hat sich die Bewertung der Regierungsleistung in den letzten Monaten nur leicht verbessert. Der Vergleich zur letzten Bundestagswahl vor drei Jahren macht deutlich, dass die Sicht der Bürger auf das Kabinett derzeit deutlich kritischer ausfällt als zum vergleichbaren Zeitpunkt in 2002.

### Mehrheit zweifelt an der Problemlösungsfähigkeit der Union

Eine Mehrheit der Bürger setzt aber auch keine großen Hoffnungen in eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung: 54 Prozent glauben nicht, dass dies eine bessere Politik zur Folge hätte. Lediglich ein Drittel (33 Prozent) ist der Ansicht, dass ein Kabinett unter Unions-Führung die anstehenden Aufgaben und Probleme besser lösen könnte.



Überzeugt von der christdemokratischen Regierungskompetenz sind zu großen Teilen deren eigene Anhängerschaft (76 Prozent) und mehrheitlich auch die Wähler des potenziellen Koalitionspartners FDP (56 Prozent). Die für die Parteien strategisch wichtige Gruppe der noch Unentschlossenen glaubt nur zu einem Fünftel (21 Prozent) an die Problemlösungsfähigkeit der Union.

Mit dieser Einschätzung entspricht das Meinungsbild nahezu exakt dem vor drei Jahren. Anders die Situation vor dem Regierungswechsel 1998: Damals war eine relative Mehrheit der Meinung, eine SPD-geführte Regierung könnte die Probleme besser lösen als das wenige Wochen später abgewählte Kohl-Kabinett.

## Parteikompetenzen: Union bei Wirtschaftsthemen vorne

Die den Parteien zugeschriebenen Problemlösungskompetenzen sind klar verteilt: Während die CDU/CSU bei den wirtschaftsnahen Themen Arbeit, Standortsicherung und Steuern vor den anderen Parteien liegt, gilt die SPD als die Partei mit dem größten Einsatz für soziale Gerechtigkeit. Die **Sozialdemokraten** konnten sich in den letzten zwei Wochen in ihrer Domäne stärker profilieren und liegen deutlich vor der Union und der Linkspartei (45:23:8 Prozent). Im Vergleich zur letzten Messung Mitte Juli verliert das **Bündnis aus PDS und WASG** hier Zutrauen (-3 Punkte). Die Sozialpolitik bleibt das einzige Themenfeld, in dem die Linkspartei nennenswert Zuspruch erfährt (8 Prozent). In Ostdeutschland ist immerhin ein Viertel (23 Prozent) der Meinung, dass sich das Linksbündnis am stärksten für sozialen Ausgleich einsetzt.

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenzen		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei in Deutschland Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen.						
Jeweils höchster Wert fett markiert	SPD	CDU/ CSU	Grüne	FDP	PDS/ WASG	Keiner Partei/weiß nicht
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	<b>45</b> (+7)	23 (+2)	4 (-1)	2 (-2)	8 (-3)	18 (-3)
Gute Steuerpolitik betreiben	27 (+4)	<b>35</b> (+/-0)	2 (-1)	8 (-2)	2 (-1)	25 (+/-0)
Altersversorgung langfristig sichern	30 (+7)	28 (-5)	2 (+/-0)	3 (+/-0)	3 (+/-0)	<b>34</b> (-1)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	18 (+2)	<b>43</b> (-1)	2 (+/-0)	3 (+/-0)	3 (+/-0)	31 (-1)
Wirtschaftsstandort Deutschland voranbringen	20 (+5)	<b>51</b> (-5)	1 (+/-0)	5 (-1)	1 (-1)	22 (+2)
Zukunftsprobleme lösen	24 (+5)	<b>34</b> (+/-0)	3 (-1)	2 (+/-0)	3 (+/-0)	33 (-3)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Juli III  
Fehlende Werte zu 100%: keine Angabe  
August 2005

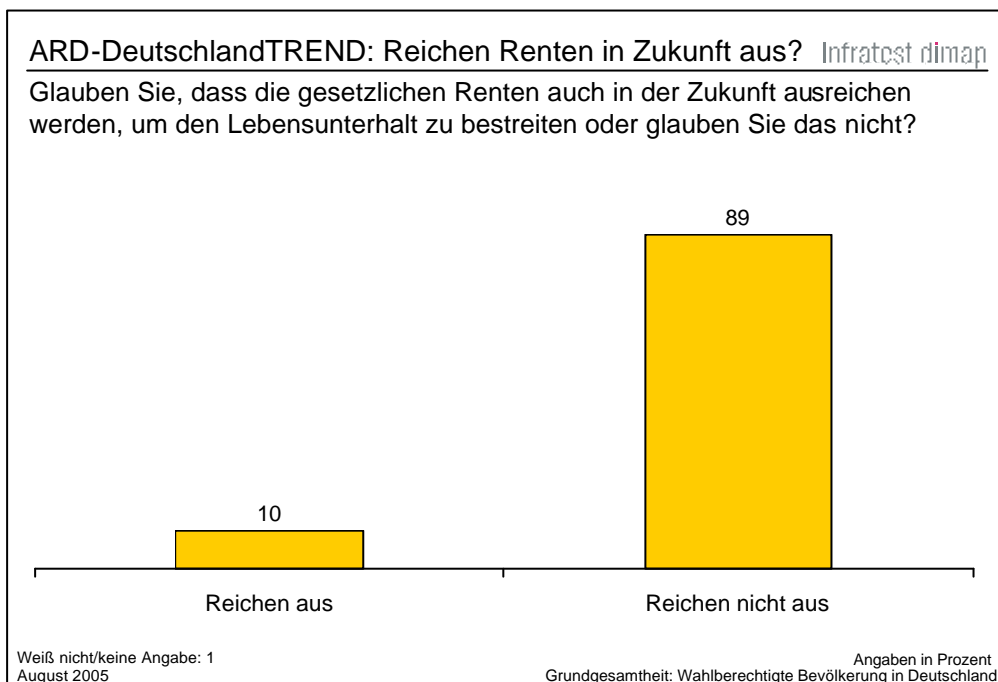
Angaben in Prozent  
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Die **CDU/CSU** besitzt mit deutlichem Abstand vor der SPD die Kompetenzführerschaft in der Wirtschafts- (51:20 Prozent), Arbeitsmarkt- (43:18 Prozent) und Steuerpolitik (35:27 Prozent). Im Bereich Wirtschaft muss sie allerdings Verluste verkraften (-5). Gleiches gilt für die Rentenpolitik, wo die Union ebenfalls fünf Punkte verliert, während die SPD sieben Punkte zulegt. Offenbar hat die Debatte um ihre rentenpolitischen Konzepte der Union geschadet. Bei der Sicherung der Altersvorsorge wird aber auch ein Vertrauensdefizit in Bezug auf die politischen Parteien insgesamt deutlich: 34 Prozent trauen dies keiner der Parteien zu.

Während sich die **FDP** trotz leichter Verluste in der Steuer- und Wirtschaftspolitik (8 und 5 Prozent) Profil zeigt, können die **Grünen** bei den hier abgefragten Politikbereichen kaum punkten. Ihre Kompetenzfelder liegen eher in der Umwelt-, Verbraucher- und Außenpolitik, die diesmal nicht erhoben wurden.

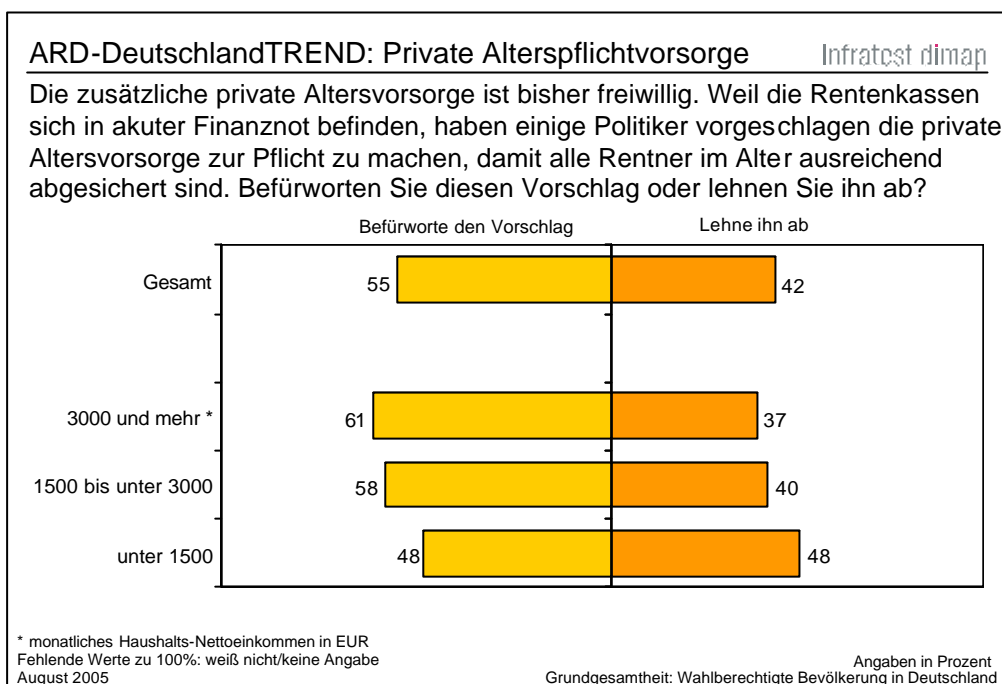
## Geringe Erwartungen in gesetzliche Rentenversicherung

Dass die Politik die Altersversorgung langfristig sichern kann, bezweifeln 34 Prozent der Bundesbürger, in keinem anderen Politikfeld ist die Skepsis gegenüber der aktuellen Politik so groß wie in Rentenfragen. Entsprechend nüchtern fallen die Erwartungen an die künftige Leistungsfähigkeit des gesetzlichen Rentensystems aus. Nur 10 Prozent rechnen damit, dass die Leistungen der staatlichen Rentenversicherung in Zukunft ihre Existenz sichern wird. 89 Prozent gehen dagegen von mehr oder minder deutlichen Versorgungslücken in der Zukunft aus.



## Pflicht zur privaten Altersvorsorge findet mehrheitlich Zuspruch

Zurzeit wird darüber diskutiert, ob unter diesen Umständen eine gesetzliche Pflicht zur privaten Altersvorsorge eingeführt werden soll. Eine Mehrheit von 55 Prozent in der Bevölkerung unterstützt diesen Vorschlag, während 42 Prozent eine zusätzliche private Vorsorgepflicht ablehnen.

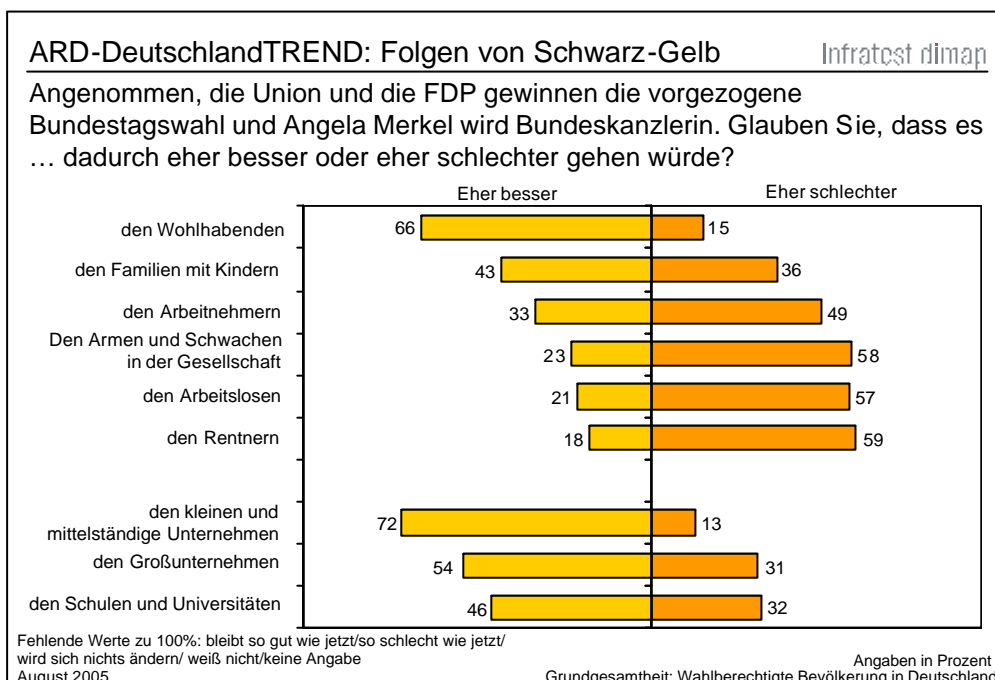


Die Befürworter einer verpflichtenden privaten Altersvorsorge überwiegen in den Reihen von SPD, Union und Grünen. Bei den FDP-Anhängern bleibt die Einführung einer privaten Pflichtversicherung umstritten. Mehrheitlich gegen eine Altersvorsorgepflicht sprechen sich die Anhänger des neuen Linksbündnisses aus.

Am meisten Zuspruch findet die Pflichtversicherung bei den Beziehern hoher Einkommen. Den unteren Einkommensschichten fällt die private Altersvorsorge wegen ihrer begrenzten finanziellen Mittel schwerer, demzufolge ist dort die Ablehnung deutlich höher.

### Gewinner eines bürgerlichen Regierungswechsels: Wirtschaft, Wohlhabende, Bildung und Familien

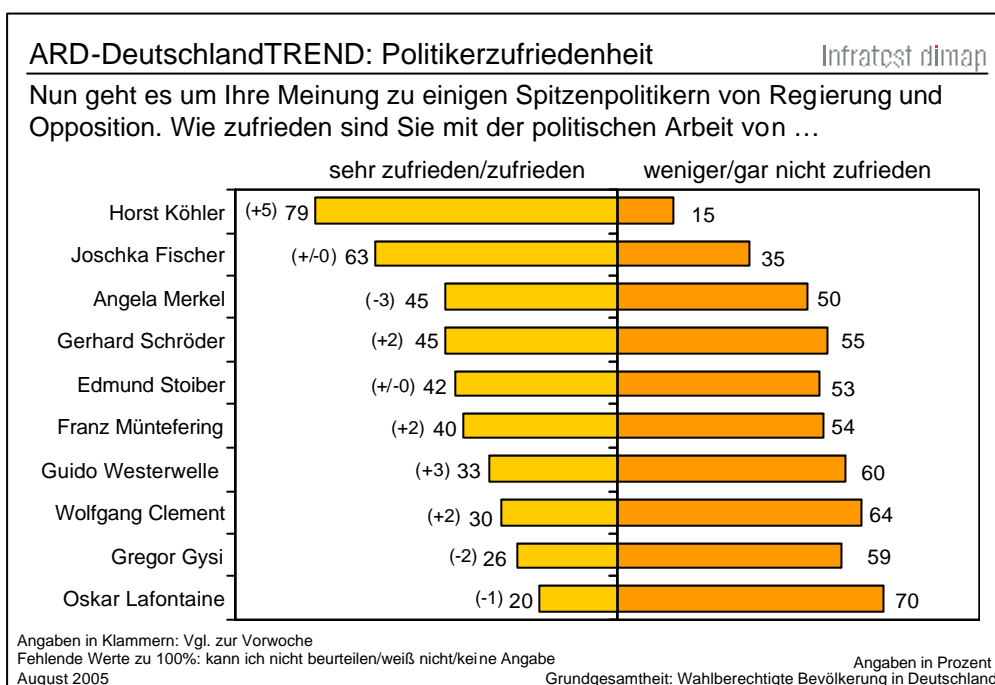
Über Gewinner und Verlierer eines bürgerlichen Regierungswechsels bestehen in der Bevölkerung klare Vorstellungen. Profitieren würden nach Ansicht von 66 Prozent die Wohlhabenden in der Gesellschaft. Für die Unternehmen bräuchte eine schwarz-gelbe Bundesregierung nach Ansicht der Bevölkerung ebenso Vorteile: 72 Prozent glauben, dass große Unternehmen, 54 Prozent, dass auch kleine und mittelständische Betriebe von Schwarz-Gelb profitieren würden. Mit eher positiven als mit negativen Folgen rechnen die Bundesbürger zudem im Bereich von Schule und Bildung (46:32 Prozent). Ferner überwiegt die Ansicht, dass sich mit einer christlich-liberalen Regierung die Situation von Familien mit Kindern verbessern würde (43:36 Prozent).



Zu den Verlierern eines Regierungswechsels rechnet jeder zweite Bundesbürger (49 Prozent) die Arbeitnehmer. Sogar sechs von zehn gehen davon aus, dass es Arbeitslosen (57 Prozent) und Rentnern (59 Prozent) unter Schwarz-Gelb schlechter gehen würde. Ähnlich hoch ist der Anteil der Bundesbürger, die die sozial Schwachen nach einem Kabinettswechsel benachteiligt sehen (58 Prozent).

## Politikerzufriedenheit: Merkel und Schröder gleichauf

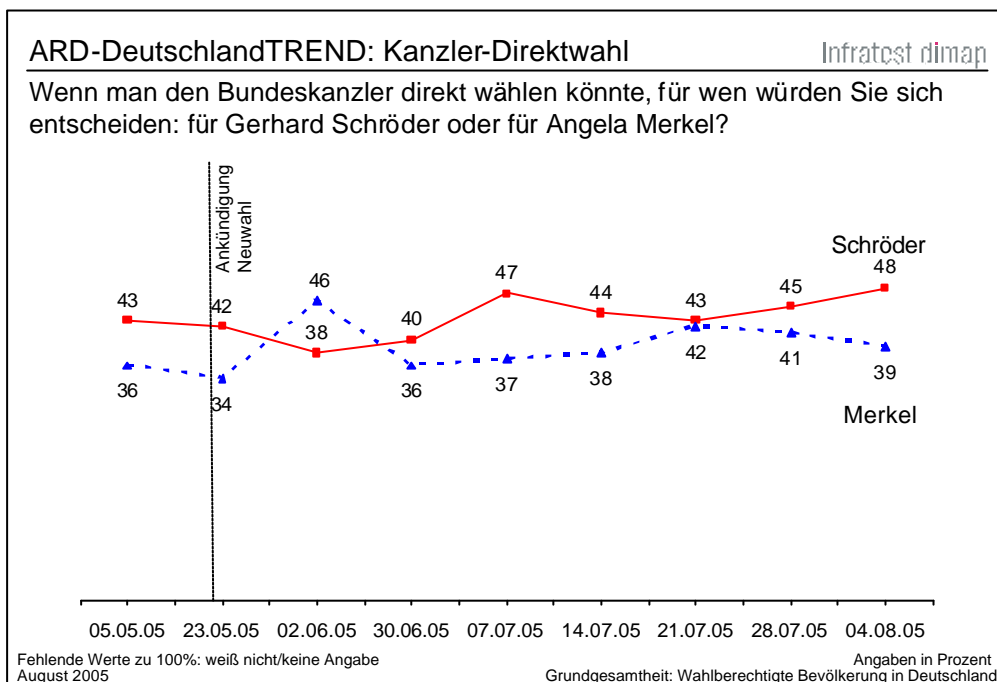
Die Politikerbewertung bringt im Vergleich zur Vorwoche für die Mehrzahl der Politiker geringfügige Verschiebungen. Zuwächse verzeichnen neben dem Bundespräsidenten (+5 Punkte) und dem Bundeskanzler (+2) der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering (+2), FDP-Vorsitzender Guido Westerwelle (+3) sowie Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (+2). Einbußen müssen die beiden Spitzen der Linkspartei Oskar Lafontaine (-1) und Gregor Gysi (-2) hinnehmen, aber auch die Unions-Herausforderin Angela Merkel büßt an Zuspruch ein (-3). Unverändert zur Vorwoche bewerten die Bundesbürger den Grünen-Außenminister Joschka Fischer und den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber.



In der Rangfolge der Politiker ergeben sich nur zwei Veränderungen. Gerhard Schröder erhält mit 45 Prozent aktuell ebenso viel Zuspruch wie die CDU-Vorsitzende. Beide teilen sich damit hinter dem Bundespräsidenten (79 Prozent) und dem Grünen-Außenminister (63 Prozent) den dritten Platz, gefolgt von Edmund Stoiber (42 Prozent), Franz Müntefering (40 Prozent) und Guido Westerwelle (33 Prozent). Hinter dem FDP-Vorsitzenden liegt nunmehr Wolfgang Clement (30 Prozent), der Gregor Gysi (26 Prozent) auf den vorletzten Platz zurückdrängt. Schlusslicht ist wie in der Vorwoche Oskar Lafontaine (20 Prozent).

### Kanzleralternative: Merkel fällt weiter hinter Schröder zurück

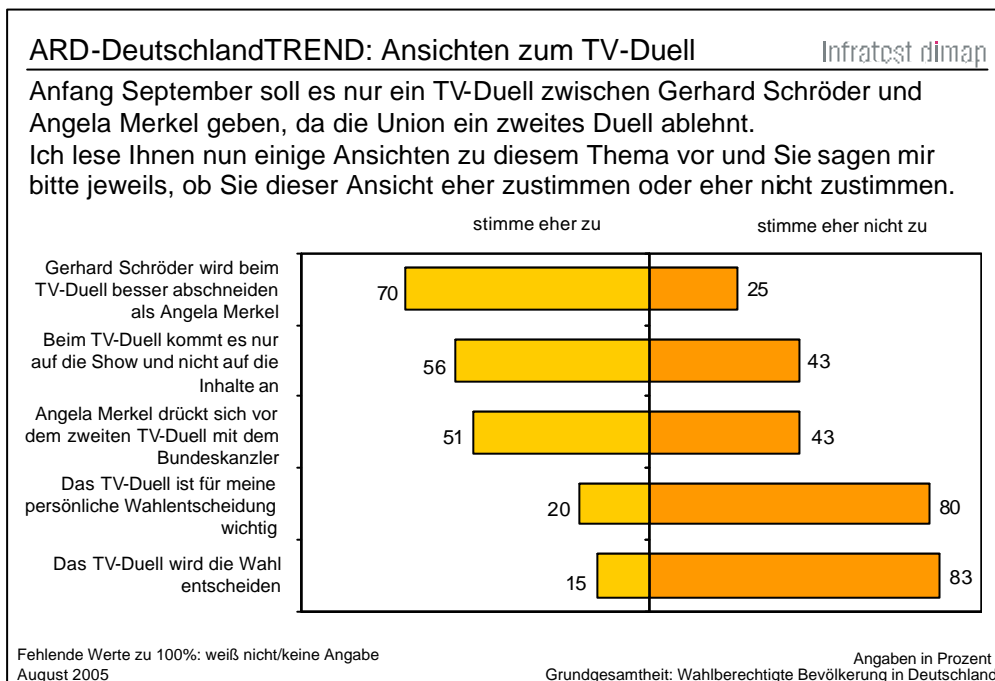
Parallel zu den Sympathieeinbußen Angela Merkels ist auch der Rückhalt für eine Kanzlerin Merkel wieder etwas gesunken. Könnten die Bundesbürger den Kanzler direkt zwischen dem Amtsinhaber und der Unions-Herausforderin wählen, würden sich aktuell 48 Prozent für Gerhard Schröder und 39 Prozent für Angela Merkel aussprechen. Damit vergrößert sich der zuletzt knappe Rückstand der Unionsherausforderin von 4 auf 9 Punkte.



Beide Kandidaten können sich einer nahezu geschlossenen Unterstützung der eigenen Parteianhänger gewiss sein. Gerhard Schröder käme bei den SPD-Wählern auf 95 Prozent der Stimmen, Angela Merkel hat das Vertrauen von 84 Prozent der Unionswähler. In den Reihen der Grünen würden 87 Prozent für den Amtsinhaber votieren. Im FDP-Lager fällt der Rückhalt für Angela Merkel mit 65 Prozent weniger deutlich aus.

## TV-Duell: Mehrheit erwartet besseres Abschneiden von Schröder

Nach langem Ringen haben sich die Fernsehsender mit der SPD und der Union über die Bedingungen eines Fernsehduells zwischen Schröder und Merkel geeinigt. Vier TV-Sender werden nur ein Fernsehduell übertragen. Die Union hatte Termingründe der CDU-Chefin für die Ablehnung eines zweiten Duells geltend gemacht. Dass es aus Zeitmangel nur ein Aufeinandertreffen der beiden Politiker gibt, nimmt allerdings eine knappe Mehrheit Merkel nicht ab: 51 Prozent glauben, dass sie sich vor einem zweiten Duell drückt. Im direkten Vergleich mit dem Kanzler hat sie aus Sicht der Wähler nur wenig Aussichten aus der Konfrontation als Siegerin hervorzugehen: 70 Prozent erwarten, dass Schröder besser abschneiden wird als Merkel.

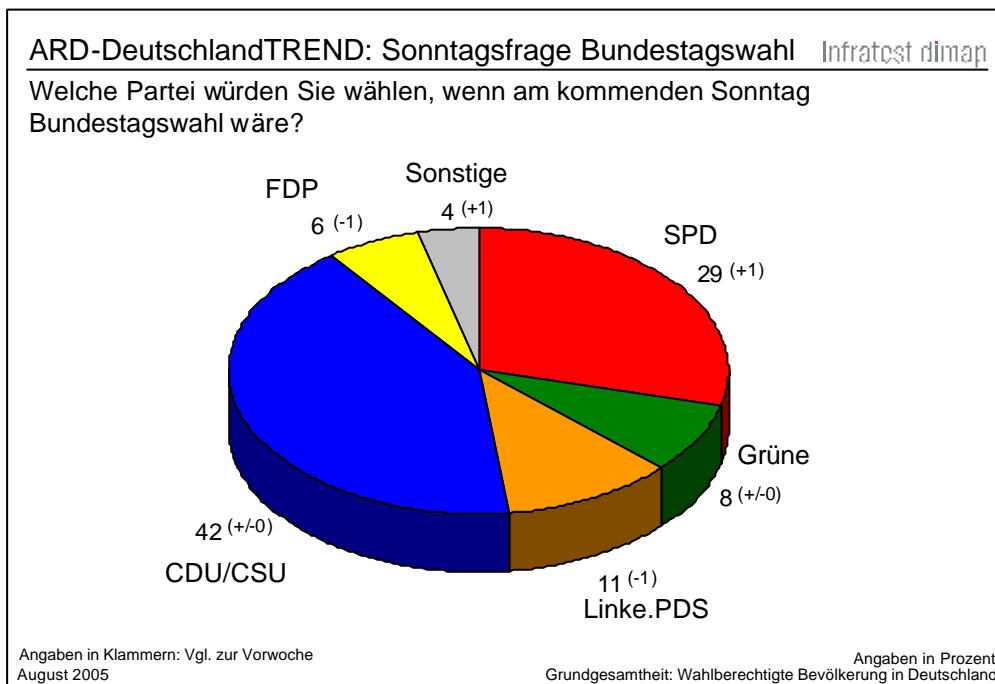


Was die Wirkung der TV-Auseinandersetzung angeht, sind die Bürger skeptisch: Mehrheitlich (56 Prozent) wird das Treffen als inhaltsleere Show eingestuft, von dem lediglich jeder Siebte (15 Prozent) einen entscheidenden Einfluss auf den Wahlausgang erwartet. Allerdings stufen immerhin zwei von zehn (20 Prozent) das Fernsehduell als wichtig für die persönliche Wahlentscheidung ein. Bei den noch unentschlossenen Wahlberechtigten sind es sogar drei von zehn (29 Prozent).

## Sonntagsfrage: Patt zwischen Schwarz-Gelb und anderen Parteien

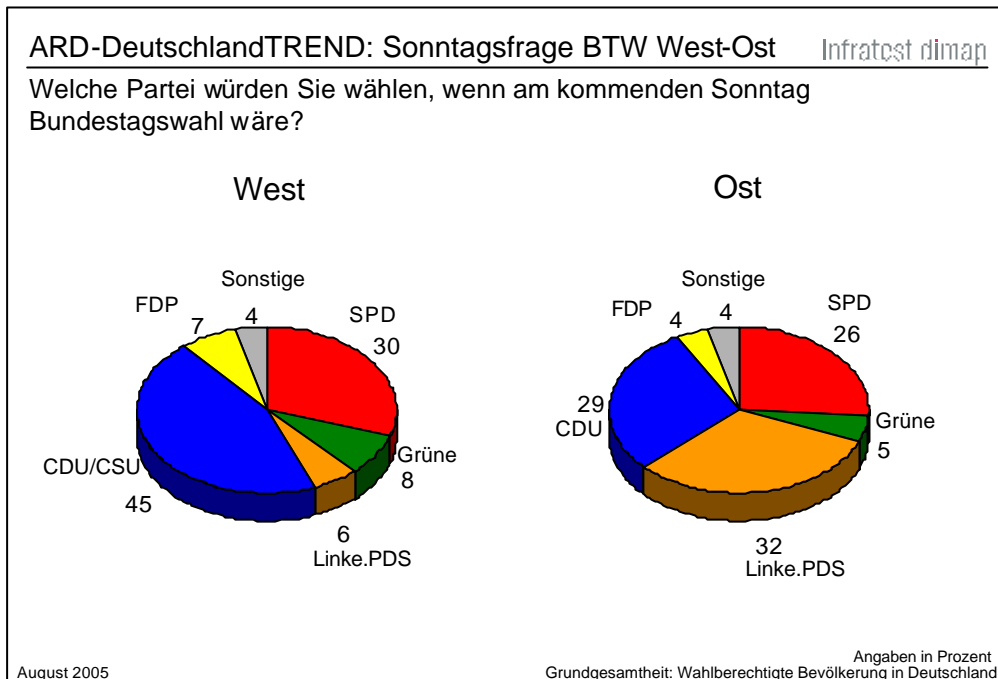
Wenn bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme ein bürgerliches Bündnis aus CDU/CSU und FDP auf 48 Prozent der Stimmen. SPD, Grüne und die Linkspartei.PDS würden zusammen ebenfalls einen Wähleranteil von 48 Prozent erreichen. Damit hätte Schwarz-Gelb zum ersten Mal seit der Neuwahl-Ankündigung Ende Mai seinen Vorsprung vor den politischen Wettbewerbern eingebüßt.

Im Vergleich zur Vorwoche käme die Union erneut auf 42 Prozent der Stimmen und ist mit Abstand stärkste politische Kraft. Die FDP büßt einen Prozentpunkt ein und würde einen Wähleranteil von 6 Prozent erreichen. Die SPD kann erneut einen Punkt zulegen und käme derzeit auf 29 Prozent. Die Grünen können ihren Stimmenanteil bei 8 Prozent stabil halten. Das Linksbündnis aus PDS und WASG verliert erstmals seit Anfang Juni Wählerzuspruch und könnte derzeit 11 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, ein Minus von einem Punkt. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 4 Prozent.



Wäre dies das Ergebnis des Urnengangs, würde unter den denkbaren Koalitionsvarianten nur eine große Koalition über eine Mehrheit der Mandate verfügen.

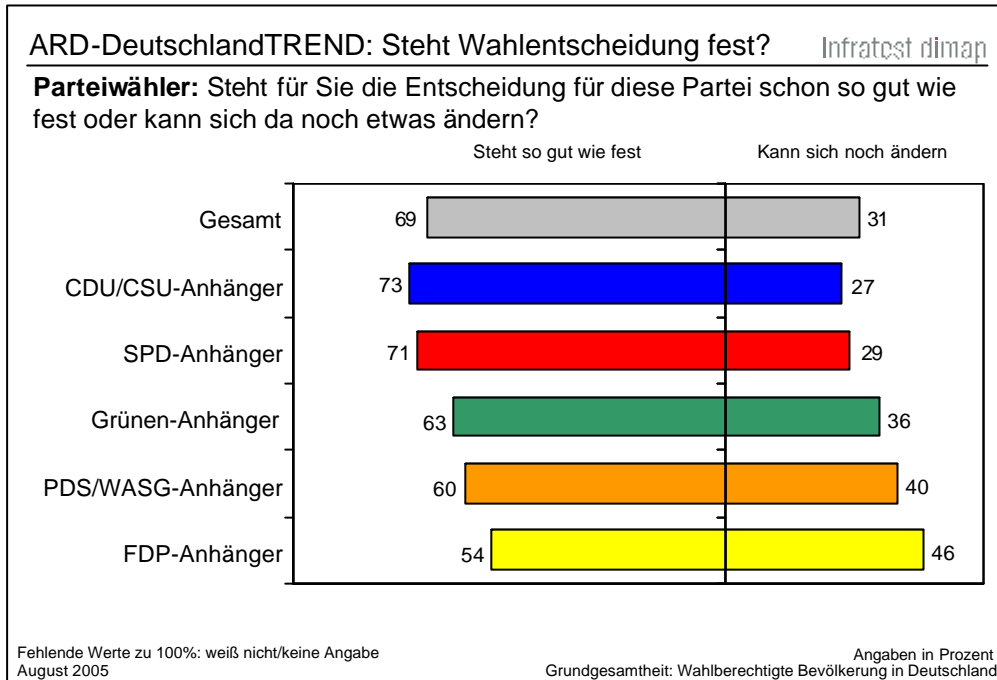
In den neuen Bundesländern bleibt die Linkspartei.PDS trotz eines leichten Minus mit 32 Prozent stärkste Partei. Die CDU legt zwei Punkte zu und käme auf 29 Prozent, während die SPD einen Punkt verliert und nur noch 26 Prozent erreicht. Die Grünen können sich mit 5 Prozent wieder vor die FDP mit 4 Prozent schieben.



In Westdeutschland ist die Entwicklung anders: Dort legt lediglich die SPD zu (30 Prozent, +2), während alle anderen Parteien Rückhalt verlieren. Die CDU ist allerdings mit 45 Prozent (-1) weiterhin stärkste Kraft. Grüne (8 Prozent), FDP (7 Prozent) und Linkspartei (6 Prozent) büßen jeweils einen Punkt ein.

Die vorgestellten Ergebnisse der Sonntagsfrage geben die aktuelle politische Stimmung wieder. Rückschlüsse auf das tatsächliche Wahlverhalten sind nur begrenzt möglich. Die Verunsicherung ist nach wie vor am größten bei Wählern, die bei der Bundestagswahl 2002 noch SPD gewählt haben. Immer mehr Wähler entscheiden sich zudem erst kurz vor dem tatsächlichen Urnengang, welcher Partei sie ihre Stimmen geben. Dabei spielen neben längerfristigen Überzeugungen und taktischen Überlegungen auch die Wahrnehmungen von aktuellen politischen Ereignissen eine Rolle, wie sich gerade bei der letzten Bundestagswahl eindrücklich zeigte.

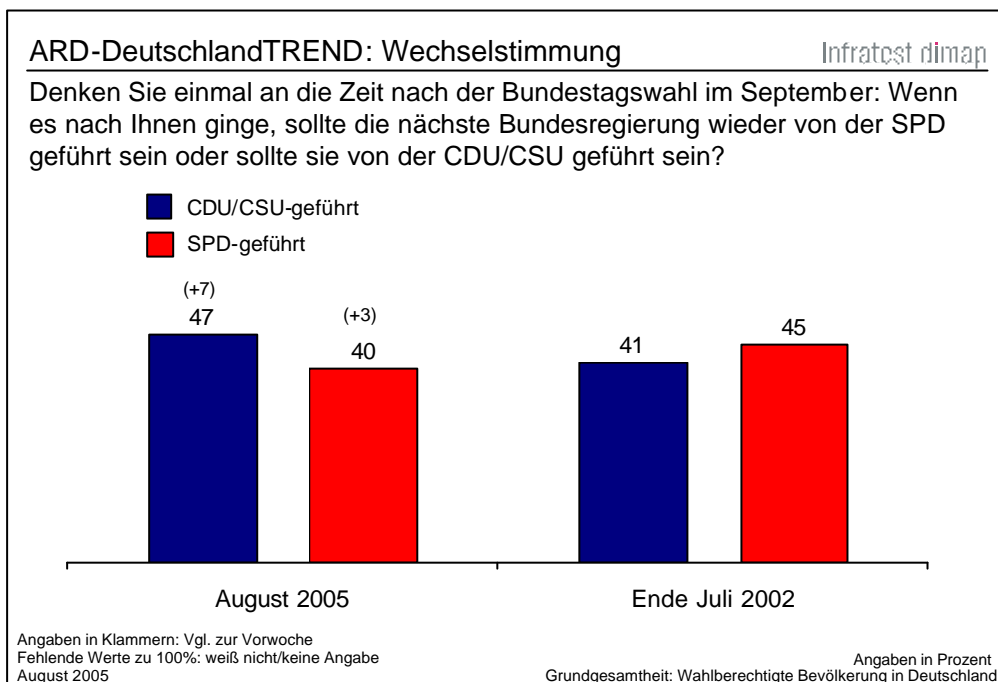
Etwa jeder dritte Wähler (31 Prozent), der sich derzeit zur Stimmabgabe für eine bestimmte Partei bekennt, signalisiert, dass seine derzeitige Parteipräferenz möglicherweise noch nicht endgültig ist. Insbesondere viele Anhänger der FDP, der Linkspartei.PDS und der Grünen geben an, dass sie ihre gegenwärtige Entscheidung eventuell noch einmal überdenken.



Damit ist fast jeder zweite Wahlberechtigte entweder noch nicht endgültig auf eine Partei festgelegt, neigt zur Wahlenthaltung oder seine Parteipräferenz kann sich noch ändern.

## Wechselstimmung: Knapp die Hälfte für Unions-geführte Regierung

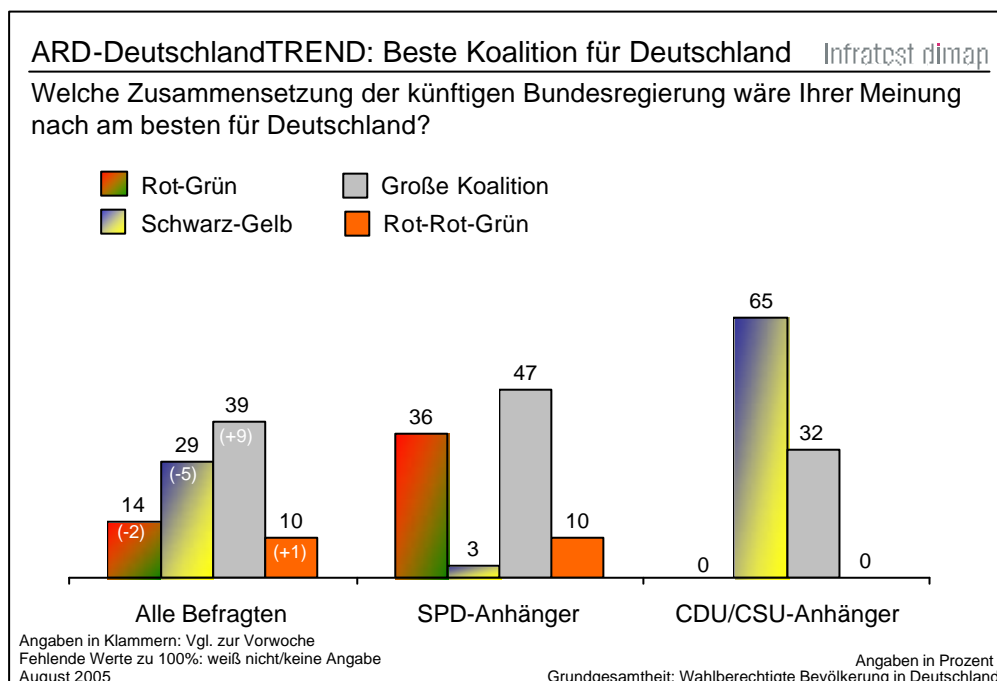
Wenn sich die derzeitige politische Stimmung im Wahlergebnis am 18. September bestätigen sollte, bekäme Deutschland aller Voraussicht nach eine Bundesregierung unter Leitung der Union. Dies entspräche auch den Vorlieben der Wahlbevölkerung, denn knapp die Hälfte (47 Prozent) wünscht sich, dass die nächste Bundesregierung von der CDU/CSU geführt wird. Vier von zehn (40 Prozent) plädieren für ein sozialdemokratisch geführtes Kabinett.



Die Zuwächse für eine Unions-geführte Regierung (+7 Punkte) resultieren vor allem aus der stärkeren Positionierung der FDP-Anhänger: Derzeit plädieren 80 Prozent für ein Kabinett und Leitung von Angela Merkel, in der Vorwoche waren es lediglich 55 Prozent.

## Künftige Bundesregierung: Große Koalition erhält die meisten Sympathien

Stellt sich die Frage, in welcher Regierungskonstellation die Union die Führungsrolle übernehmen soll. Aufgefordert, unter vier Modellen dasjenige zu wählen, das für Deutschland am besten wäre, sprechen sich mit 39 Prozent die meisten Bürger für eine große Koalition aus Union und SPD aus. Eine schwarz-gelbe Koalition favorisieren drei von zehn (29 Prozent). Nur jeder siebte Wahlberechtigte (14 Prozent) ist davon überzeugt, dass die Fortsetzung des bestehenden Bündnisses aus SPD und Grünen die beste Lösung für die Bundesrepublik wäre. Eine Zusammenarbeit von SPD, Linkspartei und Grünen hält lediglich jeder Zehnte (10 Prozent) für eine wünschenswerte Lösung. Im Vergleich zur Vorwoche ist das Vertrauen in die bürgerliche Koalition gesunken (-5 Punkte), ebenso aber die in eine rot-grüne Koalition. Geringfügig gewachsen ist die Sympathie zu einem linken Dreiparteienbündnis (+1), erheblich an Rückhalt aber hat eine Koalition der beiden Volksparteien gewonnen (+9).



In den einzelnen Parteilagern wird die Frage nach der für Deutschland besten Regierung erwartungsgemäß unterschiedlich beantwortet. Unter den SPD-Anhängern finden sich 47 Prozent, die unter den gegenwärtigen Bedingungen die Bildung einer Großen Koalition befürworten, 36 Prozent der SPD-Anhänger geben dem bestehenden rot-grünen Bündnis den Vorzug. In den Reihen der Unionswähler bevorzugt dagegen eine Zwei-Drittel-Mehrheit (65 Prozent) eine von der CDU/CSU und der FDP gebildete Bundesregierung, eine Koalition der Union mit den Sozialdemokraten präferieren jetzt 32 Prozent (+15 Punkte). Ein schwarz-gelbes Bündnis findet unter den FDP-Anhängern mit 77 Prozent eine besonders breite Zustimmung.

Das Urteil unter den Grünen-Anhängern fällt demgegenüber geteilt aus: 35 Prozent sehen die Bundesrepublik bei Rot-Grün am besten aufgehoben, 40 Prozent geben einer Großen Koalition den Vorzug. Bemerkenswert ist, dass unter den Anhängern des neuen Linksbündnisses vier von zehn auf Koalitionsmodelle ohne Beteiligung der eigenen Partei setzen und nur 48 Prozent in einer linken Dreiparteienkonstellation die beste Lösung für die Bundesrepublik sehen.

## Wirtschaftliche Stimmung etwas aufgeheit

Die Informationen zu den wirtschaftlichen Rahmendaten in Deutschland sind uneinheitlich. Auf der einen Seite liegt die offizielle Arbeitslosenzahl mit 4,77 Millionen weiterhin auf sehr hohem Niveau, die Arbeitslosenquote hat sich um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 Prozent im Juli erhöht. Auf der anderen Seite wird die Zunahme des Geschäftsklimaindex des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung im Juli als positives Zeichen für die konjunkturelle Entwicklung betrachtet. Zudem wettet der DAX mit Rekordwerten auf einen Regierungswechsel im September.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Erwartungen an eine konjunkturelle Erholung gestiegen. Derzeit gehen 29 Prozent der Bevölkerung davon aus, dass sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands in den nächsten zwölf Monaten verbessern wird, ein Plus von 10 Punkten im Vergleich zum Mai. Optimismus und Pessimismus halten sich nun die Waage, da der Anteil der pessimistischen Stimmen von 41 auf ebenfalls 29 Prozent gesunken ist. Vier von zehn (41 Prozent, +1) rechnen wie im Mai mit einer Stagnation auf dem derzeitigen Niveau.

